



## **Alternativantrag**

der Fraktion der SPD

zu „Kinder- und Jugendgewalt entschieden entgegentreten“ (Drucksache 20/2328)

### **Kinder- und Jugendgewalt ganzheitlich begegnen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die nachhaltige Verhinderung von Kinder- und Jugendgewalt erfordert einen ganzheitlichen und langfristigen Ansatz, der präventive Maßnahmen, frühzeitige Intervention und langfristige Unterstützung kombiniert. Gleichzeitig ist es geboten, solche Maßnahmen auf die lokale Situation hin zu entwickeln und umzusetzen, anstatt fertige pauschale Konzepte aufzulegen. Es ist wichtig, dass alle beteiligten Akteure – Eltern, Schulen, soziale Dienste und politische Entscheidungsträger – zusammenarbeiten, um eine sichere und unterstützende Umgebung für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Dabei gilt es, Risikofaktoren ab- und Schutzfaktoren aufzubauen.

Aus diesem Grund fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, insbesondere folgende Punkte umzusetzen:

#### 1. Familien stärken

- **Erziehungsberatung**  
Jedes Kind hat das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung. Frühkindliche Gewalterfahrungen erhöhen die Wahrscheinlichkeit späterer Gewaltvorfälle. Prävention ist bei frühkindlicher Gewalterfahrungen eine Versicherung gegen spätere Gewalttätigkeit in der Jugend. Kinder und ihre Erziehung sind eine Herausforderung für alle Eltern. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, flächendeckend niedrigschwellige Angebote von Elternkursen sowie der

Erziehungs- und Familienberatung gemeinsam mit den Kommunen stärker zu unterstützen und auszubauen, um die elterlichen Fähigkeiten zu stärken, positive Erziehungsmethoden zu fördern und ein gewaltfreies Zuhause zu gewährleisten.

- **Institutionelle Prävention**  
Dazu gehört auch, die Frühen Hilfen auszubauen sowie die Kinderschutzzentren, Familienbildungsstätten und Familienzentren in ihrer Arbeit stärker zu unterstützen. Ziel ist es, mit einer vielfältigen Angebotsstruktur die Bedarfe von Müttern wie Vätern aufzunehmen. Vor allem der Ausbau väterorientierter Angebote sollte stärker in den Fokus rücken, um auch Väter in der Familienförderung besser zu erreichen. Zudem können mit einem Peer-to-Peer-Ansatz Familien in besonders belasteten Quartieren besser unterstützt werden.
- **Frühkindliche Bildung**  
Der Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung kann Kindern helfen, soziale Kompetenzen und emotionale Intelligenz zu entwickeln, was langfristig zu weniger gewalttätigem Verhalten führt. Die Landesregierung daher aufgefordert, die Kommunen dabei zu unterstützen, für jedes Kind einen Kita- oder Kindertagespflegeplatz zu schaffen.

## 2. Schulkultur verändern

- **Gewaltpräventionsprogramme**  
Schulen sollten Anti-Mobbing-Programme und Gewaltpräventionsprogramme implementieren, die sowohl Schüler\*innen als auch Lehrkräfte einbeziehen. Diese Programme sollten auf Prävention, Sensibilisierung und die Förderung einer positiven Schulkultur abzielen.
- **Kommunikationskonzepte**  
Schulen brauchen Ideen, wie sie als Schulgemeinschaft über Gewalt und Gewalttaten sprechen. Bei Gewaltvorfällen muss vermieden werden, dass Angehörige der Schulgemeinschaft über Gerüchte oder im Nachhinein über die Presse davon erfahren. Der Schultag soll flexibel reagieren können und bei Bedarf den regelhaften Ablauf unterbrechen können. Die Schulgemeinschaft muss sich dabei als Verantwortungsgemeinschaft verstehen.
- **Soziales Lernen**  
Die Integration von sozial-emotionalem Lernen in den Lehrplan kann Schüler\*innen helfen, Empathie, Selbstregulation und Konfliktlösungsfähigkeiten zu entwickeln. Gleichwohl beschränken sich soziales Lernen und Schulsozialarbeit nicht nur auf den Schulunterricht, sondern müssen auch als Ganztagsaufgabe gedacht und umgesetzt werden.
- **Personalschlüssel für Schulsozialarbeit und Schulpsychologie**

Präventionsarbeit und täterbezogene Arbeit sind immer auch Beziehungsarbeit. Das benötigt personelle Ressourcen. Diese sollten über einen angemessenen Personalschlüssel gesichert werden. Auf diesen soll sich die Landesregierung in Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden verständigen.

### 3. Gemeinschaftsbasierte Ansätze fördern

- **Jugendarbeit**  
Die Bereitstellung von Freizeitangeboten und Jugendzentren kann Jugendlichen positive Alternativen zur Straße bieten und ihnen helfen, sinnvolle Aktivitäten und soziale Unterstützung zu finden. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Jugendbildungsarbeit und die freie Jugendarbeit flächendeckend zu unterstützen.
- **Gewaltfreie Sozialräume**  
Die Landesregierung soll Initiativen fördern, die den Zusammenhalt und die Sicherheit fördern. Nachbarschaftsprogramme, Sportvereine und kulturelle Veranstaltungen können dabei helfen, ein starkes soziales Netzwerk aufzubauen und Gewalt zu verhindern. Zudem werden die Sportvereine und Jugendeinrichtungen dabei unterstützt, Schutzprogramme auf den Weg zu bringen.

### 4. Psychologische, soziale Unterstützung und Prävention ausbauen

- **Frühzeitige soziale Intervention**  
Identifizierung und Unterstützung gefährdeter Kinder und Jugendlicher durch Schulpsycholog\*innen, Sozialarbeiter\*innen und Jugendhilfeeinrichtungen sind entscheidend, um frühzeitig einzugreifen und negative Entwicklungen zu verhindern. Die Landesregierung klärt, wie rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit der Institutionen besser möglich wird und wie der Datenschutz und die Berücksichtigung des Kindeswohl besser in Einklang zu bringen sind.
- **Therapeutische Angebote**  
Der Zugang zu psychologischer Beratung und Therapie für Kinder und Jugendliche, die Gewalt erfahren oder ausüben, kann helfen, zugrundeliegende Probleme zu behandeln und Resilienz aufzubauen. Die Kinder- und Jugendpsychiatrien werden seitens der Landesregierung daher deutlich gestärkt. Darüber hinaus trägt die Landesregierung dafür Sorge, dass intensivpädagogische stationäre Plätze in der Nähe von Kinder- und Jugendpsychiatrien errichtet werden.
- **Polizeiliche Präventionsarbeit**  
Es wird geprüft, Projekte wie „Cop4you“ landesweit einzuführen. Dieses Projekt fördert in Hamburg erfolgreich die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Polizei und setzt gemeinsame Maßnahmen zur Eindämmung der Jugendkriminalität um.

## 5. Perspektivlosigkeit entgegentreten und Anschlüsse sichern

- **Förderung von Bildung und Chancengleichheit**  
Die Landesregierung setzt sich zum Ziel vermehrt in Bildungs- und Sozialprogramme zu investieren, um Chancengleichheit zu fördern und soziale Ungleichheit zu verringern. Das Startchancenprogramm bietet hier einen guten Ausgangspunkt. Um allen Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu bieten, evaluiert und entwickelt die Landesregierung zudem die Jugendberufsagenturen weiter.
- **Strafrechtliche Maßnahmen**  
Angemessene strafrechtliche Maßnahmen gegen Gewaltverbrechen können abschreckend wirken. Allerdings sollten diese Maßnahmen mit rehabilitativen und präventiven Ansätzen kombiniert werden, um langfristig wirksam zu sein. Die Landesregierung wird den Jugendarrest auf seine Wirksamkeit evaluieren und die Ergebnisse dem Landtag in einem schriftlichen Bericht darlegen.

## 6. Medienkompetenz fördern

- Die Förderung der Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen kann helfen, die Auswirkungen von Gewalt in Medien zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Bildungsprogramme sollten darauf abzielen, den Konsum gewalthaltiger Inhalte zu reduzieren. Um dies zu gewährleisten wird die Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein gestärkt und ein Programm auf den Weg gebracht, welches pädagogisches Fachpersonal und Fachberatungsstellen dahingehend schult bei digitaler Gewalt besser beraten und intervenieren zu können.

Sophia Schiebe

Niclas Dürbrook  
und Fraktion

Martin Habersaat